

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Kommunalpolitik — Anarchismus und Bauertum (von Hans Mann) — Strafrecht
— Deutsche Front — Volksbegehren — Ferrers Tod (Gedicht) — Arno Holz —
Wilder Streik — Die eiserne Ferse — Klarstellung

NR. 2

**PREIS
40 Pfg.,
(70 Gr.)**

JAHRGANG 4

BERLIN

NOVEMBER 1929

Kind und Elternhaus

Ein antiautoritäres Erziehungsbuch
von B. Liber, New-York
(Vorzugs-Preis Mk. 2,25)

Syndikalist. 25. 5. 29. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln in erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Aussprache“, an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern.“



Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die Geschäftsstelle des FANAL. Abonnenten des FANAL erhalten durch diese auf Wunsch Zahlungserleichterung

Seben gelangte zur Ausgabe die 12. bis 17. Auflage des Romans

LIEBE

von HELENE STÖCKER

Ladenpreis RM. 6.50 in Ganzleinen geb.

Der Kampf zwischen dem Persönlichkeitsbewußtsein der Frau und dem elementaren Triebe wird mit leidenschaftlicher Anteilnahme und mit genialer Einfühlung dargestellt. Eine einzigartige Erscheinung in der modern. Literatur. *Berl. Morgenzeitg.*

Eine wertvolle, unsere Kenntnisse der verborgenen Beziehungen zwischen Körper und Willen, zwischen Liebe und Leben des Weibes tief bereichernde Tat. *Berl. Volkszeitung*

. . . gehört zu den großen Merkwürdigkeiten der Literatur.

Das freie Volk

Bewundernswert ist die Vereinigung von Sinnesglut mit jener hohen Sittlichkeit, die es als unmöglich empfindet, den Mann nicht mehr zu lieben, an dem die Liebende zum Weibe und Menschen gereift ist.

Literarisches Echo

EROTIK UND ALTRUISMUS

von Helene Stöcker

Brochüriert RM. 1.—

Helene Stöcker kämpft gegen die Unnatur und Verlogenheit des modernen Geschlechtslebens. Sie steht in ihrem Freimut und ihrer stolzen Wahrheitigkeit beinahe unerreicht da. *Die schaffende Frau*

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und den

Verlag
der Neuen
Generation,
Berlin
Nikolassee



VERKÖRDER UND VERWIRKLICHER

von Helene Stöcker

Preis geb. RM. 3.—, kart. RM. 2.—

Beiträge zum Gewaltproblem nebst einem zum ersten Male in deutscher Sprache veröffentlichten Briefe Tolstofs.

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 2

November 1929

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörrläuchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Kommunalpolitik

Ausmisten! Das ist die Losung, unter der die Parteikommunisten ihre Scharen zum Sammeln rufen, um am 17. November die Stadt- und Gemeindeparlamente in Preußen und anderorts zu revolutionären Körperschaften zurecht wählen zu lassen. Es ist noch nicht vollkommen sicher, ob an diesem Tage die anberaumten Wahlen überall stattfinden werden; für Groß-Berlin wenigstens wird die Absicht der Parteien, welche durch die Sklarek-Angelegenheit vor allen bloßgestellt scheinen, um der Schieber willen den Stichtag zu verschieben, so entschieden abgestritten, daß an solcher Absicht kaum mehr wird gezweifelt werden können. Gelingt den Sozial- und Kommerzialdemokraten der Plan, mit dem bewährten Mittel der Gedächtniseinschläferung die geeignete Wahlstimmung schwarzrotgoldiger Gemütsebbe wieder herzustellen, das zur Zeit in hohen Wogen schäumende Bett der öffentlichen Meinung also während listig gewonnener Zeit gewissermaßen zu sklarektifizieren, so wird man ein paar Monate später hoffen dürfen, ungeschwächt von den Jagdstrapazen und Gratismahlzeiten der verflossenen Wahlperiode, in stattlicher Anzahl, zwar ohne den Schneider, aber mit den Pelzen der fröhlichen Brüder im Rathaus weiter regieren zu können. Geht jedoch die große Volksabrechnung pünktlich vor sich, dann wird es gräßlich tagen, und statt der Wahrer von Ruhe, Ordnung und Sicherheit werden Umstürzer und Neuerer nebst den Befreiern Deutschlands von Zinsknechtschaft und Judentücke die Mehrheit bilden, die unter schaurigen wechselseitigen Verwünschungen bestimmen wird, welche Straßenbahnlinien den Verkehr verbessern und was für Ausschankbewilligungen dem Massendurst gerecht werden sollen. Den Stimmzettel zur Hand — und ausmisten!

Es wäre töricht zu leugnen, daß die Tätigkeit der Stadtparlamente und der Gemeindebehörden allgemein viel nützlichere und dringlichere Aufgaben umfaßt als die der Länder- und gar der Reichsparlamente. Gerade die Angelegenheiten der Verkehrs-, Beleuchtungs-, Kanalisations- oder Bebauungspolitik gehen jeden an, und es widerspräche grundsätzlich keineswegs der anarchistischen Gesellschaftslehre, wenn unsere Genossen auf die Gestaltung des öffentlichen Wohnungs-, Versorgungs-, Erziehungswesens und ähnlicher unmittelbar in das Einzelbedürfnis und in das Zusammenleben der Menschen eingreifender Dinge Einfluß zu nehmen versuchten. Es ist nicht gleichgültig, ob der städtische Gesundheitsdienst, ob die Rettungseinrichtungen für Unglücksfälle, die Be- und Entwässerungsanlagen zweckmäßig oder schädlich wirken; es ist nicht gleichgültig, welchen Lehrplänen und Lehrmethoden unsere Kinder in den Schulen unterworfen werden; es ist nicht gleichgültig, ob bequeme oder unbequeme Beförderungsmöglichkeiten innerhalb der Städte und nach außerhalb bestehen. Alles dies und noch vieles mehr ist wesentlich auch schon im kapitalistischen Wirtschaftsverfahren, aus dem der Einzelne nicht ausbrechen kann, in dem er atmen und wohnen, essen und sich bewegen muß, bis die Sturmglöcke ertönt, bis die soziale Revolution bestimmt, welcher Lebensordnung der Menschen die Regelung des Notwendigen zugute kommen wird.

Dennoch muß gesagt werden, daß die Beteiligung an den Kommunalwahlen die Anerkennung der bestehenden scheidemokratischen Verhältnisse bedeutet und, von Anarchisten befolgt, die Preisgabe ihrer staatsfeindlichen Gesamthaltung in sich schliesse. Man kann sich nämlich der Verbesserung der mit den Nachbarn, den Landsleuten und den Mitfahrenden im Omnibus gemeinsamen Angelegenheiten auch annehmen, ohne Magistratsräte zu wählen oder Magistratsrat zu sein. Hier gilt dasselbe, was für alle gesellschaftlichen Beziehungen gilt, daß Förderliches nur da geschieht, wo die Verbindung der unmittelbar Beteiligten das Förderliche tut oder erzwingt. Da es sich bei den rein kommunalen Fragen erst bei der Vergebung und Ausführung schaffender Arbeit um Austragung von Klassengegensätzen handelt, so wäre die Mitwirkung von Anarchisten an Mieterverbänden, Gesellschaften zur Vermehrung der Grünanlagen, Klubs gegen Lärm und Gestank und anderen Vereinigungen, die sich die Erhöhung des eigenen Wohlbehagens durch Zusammenschluß mit gleichermaßen Bewegten zur Aufgabe setzen, so wenig zu beanstanden wie die Mitgliedschaft bei Tierschutzvereinen, Lesezirkeln oder Feuerversicherungen. Bezirksvereine sind ohne Zweifel kleinbürgerliche Gebilde; wird aber ihr Geist von freiheitlichen Menschen entschieden, so brauchen sie deswegen noch lange keine

spießbürgerlichen Schwatzanstalten betulicher Kannegießer zu sein. Die Kleinbürgerlichkeit, die aus Mißtrauen gegen Behörden, Beamte und Bevollmächtigte aller Art die öffentliche Werkelei unter die eigene Kontrolle stellt, die beobachtet, bemängelt, anregt, fordert und gelegentlich selbst eingreift, ist erheblich revolutionärer als die blanke Bürgerlichkeit, die nach Posten, Aemtern und geschützten Vollmachten strebt. Denn man kann nicht zugleich Revolutionär, Sozialist, Kommunist oder Anarchist und Würdenträger gleich welcher Sorte in der kapitalistischen Gesellschaft sein. James Guillaume urteilte, nachdem Krapotkin 1873 unter dem Einfluß von Paul Brousse die Abgabe von Stimmzetteln zu den Gemeindewahlen im Jura den Anarchisten empfohlen hatte, vollkommen richtig, wenn er meinte: „Das Käppchen des Gemeinderats, Staatsrats oder Bundesrats, auf das Haupt des gescheitesten und aufrichtigsten Sozialisten gesetzt, ist ein Kerzenauslöscher, der sofort die revolutionäre Flamme erstickt.“ Paul Brousse selber, der beharrlich die Gemeindetätigkeit der Anarchisten befürwortet hatte, in denen man „ein Experimentierfeld für unsere Ideen finden“ würde, versackte im Sumpfe dieses Experimentierfeldes. Er ließ sich in den Pariser Munizipalrat wählen, nahm das städtische Kleinleben, da es ihm als Arzt auf hygienischem Gebiet Anregung bot, ernst und hatte nach Krapotkins Aeüßerung schon 1878 von der Revolution genug. „Gemeinderäte brauchen Wähler, Wähler wollen Erfolge sehen“, meint Max Nettlau zu Brousses Werdegang. („Der Anarchismus von Proudhon zu Krapotkin“, 1927. Wann wird der Verlag „Der Syndikalist“ endlich ein alphabetisches Sach- und Namensverzeichnis zu diesem wichtigen Materialwerk erscheinen lassen? Das hervorragende Buch ist ohne bequemen Inhaltsnachweis fast unbenutzbar.)

Nein, es ist ganz und gar verkehrt, die Gemeindeparlamente, wie sie heute sind, für Versuchsgrundlagen anarchistischer Verwaltungskünste zu halten. Die Anarchisten oder Syndikalisten, die jetzt wieder da beginnen wollten, wo Krapotkin und Schwitzguébel nach ihrem einzigen völlig mißlungenen Anlauf vor 56 Jahren aufhörten, kämen genau dahin, wo die Parteikommunisten sind und müßten ihnen weiterhin folgen, wohin sie notwendigerweise die Spuren der Sozialdemokraten leiten werden. Es ist doch einfach parteipolitische Demagogie, wenn die KPD. in ihren Wahlaufrufen Besserung der sozialen Notlage verspricht, sofern man nur ihre Listen in den Zähltopf wirft, Beseitigung der Korruption im öffentlichen Betriebe vom Ausfall der Auszählerei abhängig erscheinen läßt und, in Versammlungen von antiparlamentarischen Revolutionären zur Rede gestellt, versichert, daß sie selbstverständlich die Abhängigkeit der Verwaltungsmoral von den wirtschaftlichen Verhältnissen genau kenne und

sich, frei von aller Illusionsmacherei, an den Wahlen nur beteilige, um eben die Korruption als Bestandteil der ökonomischen Gesamtlage und die SPD. als sichtbarsten Ausdruck des Verfalls der kapitalistischen Gesellschaft in Sittenverderbnis und Gesinnungskäuflichkeit bloßzustellen. Eine Zusammenstellung ihrer Anträge in den Kommunal- und Munizipalkörperschaften würde, verbunden mit einer Aufzählung ihrer Zustimmungen zu Anträgen anderer Parteien, klar ergeben, daß sie durchaus keine agitatorische Entlarvungspolitik treiben, sondern ebenso wie in Reichstag und Landtagen auch in den Gemeinden gesetzliche Reformarbeit innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen leisten. Andernfalls wäre ihre Konkurrenz bei der Besetzung besoldeter städtischer Aemter gänzlich sinnlos, und schließlich haben die Degner und Gäbel die Möglichkeit, aus ihrer öffentlichen Tätigkeit private Vorteile zu ziehen, doch wodurch erlangt, daß ihre Partei sie nicht zum Entlarven sondern zum Mitwirken im städtischen Dienst kraft Fraktionsstärke in ihre Stellungen befördert hat.

Ausmisten? Die Parteikommunisten haben ihre bedreckten Funktionäre mit aner kennenswerter Schnelligkeit aus ihren Reihen entfernt, was die Sozialdemokraten nicht getan haben. Einmal aber legt das Verhalten derselben Partei im Falle Wittorf-Thälmann den Verdacht nahe, daß das Ausmisten im eigenen Stall nicht allein einem in jeder Lage unwiderstehlichen Reinlichkeitsbedürfnis zuzuschreiben ist, sondern daß diesmal die Nähe der kommunalen Neuwahlen den Drang befeuert hat, sich einmal am öffentlichen Badeplatz Hals und Ohren zu waschen; und ferner ist nicht abzusehen, welche Bürgerschaften für eine Ausmistung denn eigentlich dadurch geschaffen werden, daß Magistrat und Stadtverordneten-kammer von möglichst vielen parteikommunistischen Vertretern bevölkert wären. Lenin, der doch sonst in allem unfehlbare Autorität der Marx-Kommunisten ist, hat an Dutzenden Stellen seiner Schriften ausgedrückt, daß die Verhältnisse das Verhalten bestimmen, daß der Apparat stärker ist als der Mensch, der ihn bedient, daß man insbesondere kapitalistische Einrichtungen nicht auf dem Wege ihrer Benutzung in sozialistische verwandeln kann. Diese Auffassung Lenins, aus der er leider in seinen Anweisungen zum taktischen Verhalten seiner Anhänger völlig widersprechende Folgerungen zog, deckt sich mit der anarchistischen Ueberzeugung, daß man einen Sumpf nicht austrocknen kann, indem man hineinsteigt. Wie denn nun? Man gibt uns Kenntnis von einer kommunistischen Kandidatenliste, welche nebst etlichen Berufsfunktionären der Partei auch viele Namen werktätiger Proletarier und Proletarierinnen aufweist. Aber waren uns nicht auf der Liste der vorigen Wahl die Namen

Degner und Gäbel als ebenso zuverlässige Sachwalter proletarischer Ansprüche empfohlen worden? Und waren denn die Gäbel und Degner nicht in der Tat, als sie zu den Würden städtischer Bevollmächtigter aufrückten, ebenso erfüllt von ihrer revolutionären Sendung wie alle die Neulinge, die jetzt im Büro des Parteivorstandes auf die Liste gereiht worden sind, mit der die Parteiwähler überrascht wurden und von der sie, ohne daran mitgewirkt zu haben, glauben, es sei die Liste ihrer eigenen unbeeinflussten Auslese? Was folgen wird, ist klar: gute, ehrliche Revolutionäre werden in dieselbe Versuchung geführt, der die Gäbel und Degner erlegen sind. Es brauchen nur wieder ein paar Brüder Sklarek oder ihresgleichen in die Erscheinung zu treten, gerissene Geschäftsleute mit gefälligen, den eben erst höher steigenden Arbeiter betörenden Umgangsformen, — ach, nachher ist es leicht, den abgleitenden und doch schließlich hineinfallenden armen Teufel, den der Glanz des Reichtums blendete und der sich, zuerst gar nicht merkend, daß er bestochen wird, den Mißbrauch seiner kärglichen Macht für ein Butterbrot mit Lachs abkaufen läßt, als Verräter anzuspucken. Nicht die Schieber und Spekulanten haben ihn zur Korruption verführt, sondern der Sitz am Kutschbock, die schöne Livree des Aufgerückten, die Beschäftigung mit den Obliegenheiten der kapitalistischen Stadtbetreuung, zu der seine Partei, die Partei der Revolution, des bedingungslosen Klassenkampfes, die einzige wahre Arbeiterpartei ihn vorgeschickt hat.

Geht doch zu mit eurer Entrüstung! Als die verelendeten Opfer der städtischen „Wohlfahrt“ euch den Dreck vorzeigten, den die Sklareks bei Riesengewinnen, die ihnen jeder nachrechnen konnte geliefert hatten, die unter den Fingern zerkrümelnden Hemden, die beim ersten Anziehen reißenden Anzüge, die aufblättern den Stiefelsohlen, da verlangt ihr Prüfung; und die Prüfung geschah durch eine Stadtväterkommission bei einem Besuch im Sklarekschen Warenlager. Jetzt beruft sich der Vertreter eurer Partei, der nicht Gäbel, nicht Degner war, darauf, daß er wie die sozialdemokratischen und bürgerlichen Kontrolleure sich von der Güte des Gezeigten überzeugt habe. Dieser Genosse war nicht bestochen, gewiß nicht. Aber er war seiner Klasse durch die Beteiligung am Munizipaldienst schon so weit entfremdet, daß ihn die Güte der dem Magistrat am Verkaufplatz vorgezeigten Kleidungsstücke Beweis genug dünkte für die Güte der Hosen, die den ausgesteuerten Arbeitslosen in Fetzen von den Beinen fielen. Warum ging er denn nicht in die Elendswohnungen und sah dort zu, womit man den Jammer überkleisterte? Die Parteikommunisten waren unter denen, die nach der Besichtigung des Lagers das Lieferungsmonopol der Sklareks ver-

längern halfen, — davon beißt keine Maus einen Faden ab. Jetzt heißt es: Ausmisten! Wie denn, wenn ihr nichts anderes wißt, als andre Genossen in dieselben Aemter zu setzen, in denen Degner und Gäbel zu Fall kamen?

Von den Schneider und Kohl, den Rosenthal und Böß ist kein Wort zu sagen. Sie geben ja nicht vor, ein korruptes System umstürzen zu wollen. Sind sie so tief in die Pfütze getreten, daß die Jauche unter das Publikum spritzt, dann genügt es, denen, die sich beschwert fühlen, eine billige Kleiderbürste zu reichen und nötigenfalls den Sünder für eine Weile in den Hausflur zurückzustellen. Das geht alles bald vorüber, man vergißt keine Aufträge mehr an monopolisierte Firmen und läßt sich in Zukunft von konkurrierenden Schiebern Schund andrehen. Warum dabei nicht geschmiert werden könnte, begreift nur der Eingeweihte; der staatsfromme Bürger ist zufrieden, daß doch etwas geschieht, daß die Stadtbankdirektoren in Zukunft anders heißen werden als bisher und daß Herr Oberbürgermeister Böß gemerkt hat, daß seine Pelzkäufe zu billig waren. Daß er sie trotzdem nahm und seine Familie damit zierte, verschlägt nichts gegen die Tatsache, daß er seinen Gönnern tausend Mark übergab — wir zahlen ihn ja gut —, damit sie ihre Wohltätigkeit über die Familie des Berliner Stadtoberhauptes hinweg auch noch an den Armen seines Herrschbezirks bewähren könnten. Vielleicht haben sie das Geld der Wohlfahrt zugewendet, die dann dafür Blätterteigsohlen bei den Sklareks bestellen konnte; bei einem Gellage in Waren oder Westend mochte es dann wieder in die Gurgeln der Stadtväter eingehen. Diese Dinge sind nur von Belang als Symptome des allgemeinen gesellschaftlichen Verfalls und als reizvolle Illustrationen der ohnehin bekannten Tatsache, daß dasselbe Inserat in der antisemitischen Wahrheit des öffentlichen Säuberers Bruhn, in den Zeitungen des deutschnationalen Pfarrers Wolff, der schwarzrotgoldigen Sippschaft aller demokratischen, klerikalen und sozialdemokratischen Schattierungen, des völkischen Honette und der blutigroten Wuchtigkeit im redaktionellen Teil die gleichen Wirkungen tut. Aber ausmisten wollen sie alle!

Laßt fahren dahin! Solange die Proletarier wählen gehen, — ganz egal, ob sie nationalsozialistische, schwarzweißbrote, schwarzrotgoldene oder kommunistische Bekenntnisse dabei ablegen, bejahen sie das demokratische System, das auf der Wählerei beruht, betätigen sie sich als konservative Bürger des Staates. Das ist nämlich das Geheimnis der riesigen Zahlenerfolge der Sozialdemokraten, daß sie gleichzeitig mit sozialen Begriffen hausieren und ihre Absicht, im bestehenden Gesellschaftsbetrieb positive Aufbauarbeit zu

leisten, nicht verschleiern. Im städtischen Verwaltungskreise geht das am allerbesten. Gemeinderäte brauchen Wähler; Wähler wollen Erfolge sehen! Wo sie nun Einfluß haben, lassen sie „Erfolge“ sehen. Da wird eine hübsche Badeanstalt eingerichtet, dort ein Spielplatz angelegt, hier wird ein Platz für Schrebergärten freigemacht und drüben eine Eheberatungsstelle aufmontiert. So wird dem kleinen Mann, der auf den Bourgeois schimpft, weil er selber keiner ist, immer von neuem etwas geboten, woran er seine bescheidene Freude haben kann, und kommt er wirklich einmal gelaufen und klagt, daß er kein Brot hat, so kann ihm doch sein Bonze zur Antwort geben: Habe ich dir nicht erst gestern einen Bonbon geschenkt? — Die Sklarek-Geschichte so kurz vor der Wahl ist peinlich, sicher; aber über ein paar Wochen ist alles vergessen und vergeben, die Brot und Gefährten sind wieder ehrenwerte Leute, und die Arbeiter lutschen ihre schwarzrotgoldenen bepinselten Bonbons so zufrieden und staatstreu wie zuvor.

Die Parteikommunisten wie die Nationalsozialisten beteiligen sich wie an den staatlichen Parlamenten so auch an den Gemeindevertretungen; sie gehören daher zu den demokratischen Staatserhaltern des Landes wie alle andern. Die Tätigkeit in den Stadträten der kapitalistischen Gesellschaft kann nur Tätigkeit für den Kapitalismus sein. Die Fragen der Bebauung, der Kanalisation, des Verkehrs, der Hygiene, der Schule, alle diese wichtigen Fragen können im gegenwärtigen Wirtschaftsverfahren nicht allein nach den Gesichtspunkten des Bedarfs geregelt werden. Ueberall spielen Spekulations-, Klassen-, staatliche Autoritäts- und kirchliche Interessen mit hinein. Die Wohnungsnot wird nicht nach Maßgabe der Bevölkerungsbedürfnisse behandelt, sondern nach finanziellen Erwägungen. Soll irgendwo Gelände von staats- oder gemeindewegen zum Zwecke etwa der Anlegung eines Flughafens erworben werden, so wird die Platzfrage unter der Hand gelöst, nämlich unter der Hand eines Grundstücksschiebers, und es wäre lehrreich genug, ließe sich eine Statistik darüber aufstellen, wieviel öffentliche Käufe seit Bestehen der deutschen Republik in diesem Lande schon aus den Händen von Tanten, Schwägern, Strohmännern oder andern Agenten beamteter Personen erfolgt sind. An solchen Dingen ändert kein Parteiprogramm, keine Liste noch so ehrlicher proletarischer Kandidaten das allergeringste. Daran ändert nur der Umsturz des gesamten Gesellschaftsgebäudes etwas, ein Umsturz, der sich außerhalb der Verwaltungskörper der Städte und Gemeinden entwickelt und auswirkt. Wenn es wahr sein sollte, daß einige syndikalistische Gruppen in Sachsen sich mit dem Gedanken tragen, an den Gemeindewahlen teilzunehmen, so mögen sie sehr ernst gewarnt sein. Sie begäben

sich unrettbar auf die Bahn des Parlamentarismus und verlören die unmittelbare Beziehung zu den revolutionären Pflichten des Proletariates.

Nach Gelingen des revolutionären Auftaktes freilich, nach Vollziehung des heroischen Teiles des proletarischen Sieges, dann wird die Zeit gekommen sein, wo dem Anarchismus in der Gemeinde die ersten und wichtigsten Aufgaben erwachsen. Dann gilt es den revolutionären Rätegedanken zu verwirklichen, die Verwaltungsorganisation der Arbeit zu schaffen, die von den Betrieben ihren Ausgang nimmt und sich über die Gemeinden und Gaue von unten nach oben aufbaut bei voller Selbständigkeit der Schaffenden, ohne Obrigkeit und staatliche Gewalt. Niemals wird eine Regierung den Willen einer Revolution vollstrecken, das ist Sache der Menschen selber, die die Revolution vollbracht haben. „Die Expropriation“, sagt Peter Krapotkin, „muß durch die Stadt- und Landarbeiter selbst erfolgen. Es wäre ein tiefer Irrtum, zu hoffen, daß irgendeine Regierung dies tue, denn die Geschichte lehrt uns, daß Regierungen, selbst aus der Revolution hervorgegangene, stets nur den vollzogenen revolutionären Tatsachen eine gesetzliche Bestätigung gaben und schon dazu, ihnen die Zustimmung zu revolutionären Maßnahmen zu entreißen, die in der Gärungsperiode laut verlangt wurden, mußte das Volk gegen die Regierungen noch immer einen langen Kampf bestehen.“ Wie aber die anarchistische Kommunalpolitik in der Räterepublik zu betreiben ist, das hat auf dem anarchistischen Kongreß zu Brüssel 1874 der belgische Genosse Laurent Verrycken, ein Bäcker, ausgesprochen. Nachdem er den Gedanken an jeden sogenannten Arbeiterstaat verworfen hatte, durch den man nur die Stelle der Bourgeoisie einnehmen würde, erhob er statt dessen diese Forderung: „Die öffentlichen Dienste müssen durch die freie Gemeinde und deren freie Föderation organisiert werden, ausgeführt durch Arbeitergruppen und überwacht von Delegationen der Fachkörperschaften in der Gemeinde oder der Gemeinden in deren Föderation.“ Was heißt dies anders als: Alle Macht den Räten!? — Hier, Genossen, habt ihr das Programm der Freiheit, bezogen auf die Politik der sozialistischen Gemeinden; und wollt ihr im Ernste ausmisten, — hier habt ihr den Besen!

Anarchismus und Bauerntum

Der Anarchismus ist die Richtung innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung, die direkt eine Herbeiführung der klassenlosen Gesellschaft erstrebt und in dieser bei aller Gemeinschaftlichkeit jedem einzelnen das Recht der Persönlichkeit und der individuellen Geistesfreiheit gewährleistet. Der marxistische Sozialismus, soweit er überhaupt noch als Sozialismus bezeichnet werden kann, ist autoritär und will ein Gesellschaftssystem auf Zwang basierend herbeiführen.

Wenn es der Arbeiterbewegung bisher nicht gelang, die ländliche Arbeiterschaft und die Bauern für sozialistische Ideen zu gewinnen, so liegt es einmal an der einseitig industriellen Einstellung der Gesamtbewegung, ein andermal an dem autoritären Zwangssozialismus der Marxisten. Die anarchistische Bewegung war bisher immer zu klein, um einen größeren Einfluß in der Landbevölkerung gewinnen zu können. Während heute in den Städten und unter der industriellen Lohnarbeiterschaft unbedingt eine revolutionäre Stillstandsperiode als bestehend zugegeben werden muß, liegen die Verhältnisse auf dem Lande anders. Seit fast zwei Jahren rebellieren die Bauern gegen den bestehenden Staat und sein Steuersystem. Mit den radikalsten Mitteln arbeiten sie, mit Bomben- und Dynamitattentaten. Diese Menschen zeigen Tatwillen und Konsequenz. Bedauerlich ist aber für uns, daß die rebellierende Bauernschaft unter falsche Führung geraten ist. Es wird ihr genau so gehen, wie den italienischen Bauern, denen der Faschist Mussolini in seinem Programm die besten Versprechungen machte. Nach Aufrichtung des Faschismus führte er gerade das Gegenteil seines Programms durch. Vielleicht ist es heute schon zu spät, die Bauern und Landbewohner von der Errichtung der national-faschistischen Diktatur abzubringen, die logisch und konsequent den bisherigen Terrorakten folgen muß und wird. Niemals aber kann und darf es zu spät sein, daß wir den Gedanken der Freiheit und des Anarchismus auf dem Lande propagieren, wenn wir an der Richtigkeit der anarchistischen Lehre festhalten wollen. Anarchistische Propaganda auf dem Lande ist heute dringende Notwendigkeit. Wir werden uns nicht einseitig an die reine Lohnarbeiterschaft des Dorfes wenden, sondern allgemein an die ausgebeuteten und unterdrückten Schichten des Landes, also auch an die Klein- und Mittelbauern.

Jede Gesellschaftsform ist letzten Endes von seiner Landwirtschaft als der allgemeinen Ernährerin abhängig. Es ist ein Unding, die Landwirtschaft in industrielle Formen pressen zu wollen, wie es heute in Sowjet-Rußland geschieht. An der Agrar- und Bauernfrage ist der Sozialismus in Rußland gescheitert, und an ihr wird auch das sowjetistische Staatssystem zugrunde gehen. Die russische Revolution 1917 wäre nie gelungen, wenn Lenin nicht den Anarchisten und gerade in bezug auf die Land- und Agrar-

frage große Zugeständnisse gemacht hätte. Lenin ist tot, aber sein starres Staatssystem hat sich weiterentwickelt zur brutalen Gewaltherrschaft. Die letzten Spuren von Sozialismus werden immer mehr verwischt. Dem russischen Bauern stehen noch riesige Kämpfe gegen die bolschewistische Staatsdiktatur bevor. Auch in Rußland wird der Anarchismus zu neuem Leben erwachen. Die Bauernfrage muß zum wichtigsten Thema aller Anarchisten werden. Menschen, einfache urwüchsige Bauern, die den Mut aufbringen, Bomben zu werfen und Attentate zu verüben, sind noch aktionsfähig. Mit ihnen kann der Anarchismus noch Rebellionen und Revolutionen zum Erfolge führen. Ohne Kampf und Blut wird die Beseitigung des Kapitalismus niemals vor sich gehen. Die Bauern wissen das.

Anarchistische Landpropaganda tut gerade jetzt besonders not. Unsere Weiterentwicklung, die Zukunft der anarchistischen Bewegung und die baldige soziale Revolution mit dem folgenden Aufbau der klassenlosen Gesellschaft liegt in unserer Stellung zur Agrarfrage und dem Gelingen unserer Versuche, sie zu lösen. Dem Anarchismus bleibt es vorbehalten, die Einigung der Arbeiter und Bauern zum revolutionären Befreiungskampf herbeizuführen, nachdem der russische angebliche Arbeiter- und Bauernstaat gezeigt hat, daß er nicht das ist, was er zu sein vorgibt. Darum, auf zur anarchistischen Landagitation! Hinaus mit unseren Gedanken zu den Bauern und Landarbeitern, die noch unberührt vom Wust der Theorien, instinktiv-anarchistisch für die Befreiung durch die Tat, durch direkte Aktion zu gewinnen und fähig sind!

Hans Mann.

Strafrecht

Die Besprechung einer größeren Anzahl Bücher soll für das nächste Heft zurückgestellt werden, nachdem das unverdrossene Walten staatlicher Gerechtigkeitspflege diese Absicht von Monat zu Monat hinauszögern ließ. Den Verlegern und Autoren, die manchmal anfragen, wann sei denn die Ansicht des FANAL über ihre Druckwerke erfahren werden, diene also zur Kenntnis, daß im Dezember zunächst eine Auswahl inhaltlich zusammengehöriger Werke einer Kritik unterzogen werden wird, und daß nach bester Möglichkeit dann in kürzeren Abständen als bisher literarische Betrachtungen und Erörterungen folgen sollen. Vorweg soll dieses Mal ein einzelnes Buch behandelt werden, dessen Kenntnis den Lesern schon deswegen empfohlen werden kann, weil es die Notwendigkeit verdeutlicht, sich mit dem Wirken der Strafjustiz mit solcher Ausführlichkeit zu beschäftigen, wie es im FANAL von jeher geschieht.

Die Justiz ist neben den körperlich gerüsteten Formationen des Heeres und der Polizei die stärkste Waffe des Staates gegen seine Hörigen, will sagen des Reichthums gegen die Armut. Eine Rechtsfunktion im ethischen Sinne des Wortes übt sie nicht aus, kann sie schon deshalb nicht ausüben, weil die gesamte Gesetzgebung der Staaten ausschließlich auf die Sicherung ihrer ökonomischen Grundlagen zugeschnitten ist, also auf die Sicherung

des Ausbeutungsprivilegs der Inhaber des Bodens und der Produktionsmittel. Das Strafrecht bildet hiervon keine Ausnahme und wenn der besondere Schutz religiöser Vorstellungen und Einrichtungen und einer zelotischen Geschlechtsmoral dieser Behauptung zu widersprechen scheint, so muß daran erinnert werden, daß die Kirche den Gott, das Jenseits, die Kontrolle der Geschlechtsfreuden um der Sündenfurcht willen braucht, auf der alle Autorität beruht. Das schlechte Gewissen der Menschen, von dem die Kirche lebt, gibt zugleich dem Staat die Möglichkeit, die Satzungen der Knechtschaft mit einer mystischen Weihe zu umkleiden. Das Sittlichkeitspatent der staatlichen Gesetzgebung gewährt der Kirche die Mittel, ihre seelische Bedrückung unter obrigkeitlicher Garantie zu betreiben, wogegen die Kirche dem Staat die seelisch Bedrückten in gutem Stande zum Ertragen materieller Bedrückung als Objekte der Gesetzgebung zuführt. Wer sich gegen die Bedrückung durch die politische Staatsmacht, durch materielle Not oder durch Gewissensbindung im privaten Verhalten auflehnt, indem er seinen Umgang mit den Behörden, sein Eigentumsbegehren oder seine religiöse und sexuelle Moral eigenen Rechtsbegriffen anpaßt, verfällt der Strafjustiz. Von ihr wie von jeder gesetzlichen Justiz gilt, was im FANAL schon früher einmal in die Formel gebracht wurde: Justiz im Staate hat mit Gerechtigkeit so viel zu schaffen, wie Beischlaf im Bordell mit Liebe.

Der hier skizzierte Gedanke ist anarchistischer Natur; er geht aus von der Verneinung des Staates schlechthin und von der Auffassung, daß Gesetze niemals Recht schaffen, noch Recht sichern können, sondern alles wirkliche Recht auf freiwilligem Vertrag beruht, an den nur gebunden ist, wer ihn selbst geschlossen hat. Das sogenannte Strafrecht, das überhaupt ohne Sinn wäre, wo keine gesetzlichen Bindungen der Freiheit Gewalt antun, ist vollends ungeeignet, sittliche Dienste zu leisten. Seine einzige Bestimmung, die ernst gemeint sein kann, ist Rache, und wenn Rache auch aus einem natürlichen Antrieb empörter Kränkung zu strömen pflegt, und daher durchaus nicht ohne weiteres als unwürdiger Ausdruck der Leidenschaft und des Zornes verworfen werden soll, so kann das doch nur für gefühlbegabte Wesen gelten, nicht aber für eine abstrakte Maschinerie, wie sie der Staat darstellt. Rache nach paragraphierter Skala; eine Vorstellung so ungeheuerlich wie Kinderzeugung durch einen AEG.-Automaten. Der Demokrat Müller-Meinigen allerdings, jener Justizminister der weiland sozialdemokratisch-demokratisch-klerikalen bayerischen Koalition der Regierung Hoffmann, die an Eugen Leviné und den Schützen des Luitpoldgymnasiums acht politische Todesurteile vollstrecken ließ (ungerechnet die von ihr gebilligten selbständigen Hinrichtungen der Feldgerichtsleutnants), gab mit der Anweisung, daß die Festungsstrafe an uns Räterepublikanern „sukzessive verschärft“ werden solle, die Erklärung an seine Vollstreckungsorgane weiter, sie müßten sich des Vergeltungszweckes der Strafe bewußt bleiben. Sie blieben sich bewußt. Die modernen Kriminologen wollen denn auch nicht mehr vergelten, sondern durch Strafen abschrecken, die Bestrafen bessern und die Gesellschaft schützen. Ihre Theorien zeichnen sich vor denen der Racheverfechter zwar durch mehr Nettigkeit, aber auch durch weniger Haltbarkeit aus. Die Abschrecker werden durch jede Kriminalstatistik belehrt, daß Verbrechen und Vergehen in Zeiten wirtschaftlicher Not zu-, in Zeiten der Prosperität abnehmen; niemand wird von Strafgesetzen und Zuchthausdrohungen abgeschreckt, seinen Hunger nötigenfalls auf dem Wege der Selbsthilfe zu stillen; niemand, den das Wohnungselend zwingt, mit halbwüchsigen Mädchen das Bett zu teilen, wird durch Kerkereinrichtungen abgeschreckt, ein Geschlechtswesen zu sein.

Die Besserer sind noch übler daran. Kümmerten sie sich nur halb so eifrig um die Erfolge ihrer Einsperrungspädagogik, wie sie sich um ihre Anwendung kümmern, dann wüßten sie, daß durch lange Abschließung etwa von Einbrechern allenfalls fürs nächste Mal die Einbruchstechnik des Delinquenten gebessert wird, nicht aber seine sündige Seele. Bleibt der Gesellschaftsschutz. Sie schützt sich für 14 Tage, drei Monate, anderthalb Jahre und selbst fürs ganze Leben des Rechtsverletzers. Aber sie schützt sich, indem sie alle Ursachen der Taten, gegen die sie Schutz heischt, bestehen läßt und gleicht so einem Kammerjäger, der statt auszuschweifeln, die Wanzen einzeln unter dem Daumnagel knackt. Dieser Tage wurde in die Polizeistation von Eberswalde eingebrochen und aus den dort im Schrank verstaubten Dietrichen, Gebläsen, Schlagringen, Pistolen und Masken das beste Material herausgesucht, um dem ursprünglichen Verwendungszweck wieder zugeführt zu werden. Die Gesellschaft aber glaubt sich geschützt, wenn die früheren Benutzer in sicherem Gewahrsam sitzen. Es ist nichts mit dem Mittel der Strafe zur Verhütung künftiger Sünden.

Zu dieser Einsicht, die dem Anarchisten von Gefühl und Gesetzesfeindschaft aus selbstverständlich ist, sind auf dem Wege der Logik und der beobachtenden Erfahrung mittlerweile auch staatsergebene Menschen gelangt, die klug genug sind, auch anständig sein zu können. Franz von Liszt hat gegen Ende des vorigen Jahrhunderts schon die Begriffe Schuld und Strafe abgelehnt und das Verbrechen als soziale Krankheitserscheinung behandelt wissen wollen. Sein Schüler Gustav Radbruch hat diese Auffassung übernommen und bekannte sich noch im vorigen Jahre bei der Karlsruher Kriminalistentagung zu dem Grundsatz, alles Strafrecht müsse sich seine eigene Ueberwindung zum Ziele setzen (vgl. FANAL, Jahrg. II, Nr. 1, S. 17). Radbruch selbst hat freilich in der Praxis gezeigt, daß ein Staat nicht nach sittlichen Erkenntnissen regiert werden kann; er war der Verantwortliche für das Republikschutzgesetz, das in der krasssten Form die reaktionärste politische Gewaltjustiz mit Einschluß der Todesstrafe als unverschleierte Ausdruck des Vergeltungs-, Abschreckungs- und Vorbeugungsrechtes zur Geltung brachte, wobei überdies gar nicht die faschistischen Kreise getroffen wurden, die der harmlose Mann bändigen wollte, sondern ausschließlich revolutionäre Proletarier. Denn der Staat kann immer nur gegen die Armut ausschlagen, gegen die er geschaffen ist, und wer den Staat regiert, kann, mag er der Freiheit und Gerechtigkeit theoretisch noch so wohlgesinnt sein, kein anderes Strafrecht anwenden, als das des Sklavenhalters, der mit Verbreitung von Furcht und Schrecken den Ertrag des Frondienstes den Sklaven vorenthält.

Jetzt liegt eine Schrift vor, die, von der Erkenntnis ausgehend, daß alles Strafen „eine unsittliche, unbegründete, zwecklose und die Gesellschaft schädigende Handlung“ ist, mit dem Entwurf zu einem in allen Grundlagen veränderten Strafrecht den Uebergang zur straflosen Verhütung von Unrecht durch „prophylaktische Hygiene“, d. h. vorsorgende Krankheitsbekämpfung zu ebenen versucht. Der „Strafbuch-Entwurf von Justizrat Dr. Johannes Werthauer in Berlin“ (Herausgegeben im Auftrage der Deutschen Liga für Menschenrechte E. V., Hensel & Co. Verlag, Berlin 1929) ist eine vernichtende Kritik des bestehenden Strafrechts, eine schonungslose und höchst verdienstvolle Hinrichtung des zur Zeit im Strafrechtsausschuß des Reichstages der Politik der Spießbetriebsamkeit unterworfenen „Entwurfs eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches“ des Reichsministers der Justiz von 1927 — und zugleich ein überführender Beweis, daß jedes Unternehmen, im Staate Gerechtigkeit einführen zu wollen, Sisyphusarbeit bleiben muß. Der Verfasser ist Pazifist: man kann

schwerlich eine geeignetere Unterlage finden, um den Unterschied zwischen dem Pazifisten und dem Revolutionär deutlich zu machen, als sein „Strafbuch“. Werthauer geht es nicht darum, die Gesellschaft in ihrer ganzen wirtschaftlichen und politischen Struktur zu ändern, sondern darum, ihr gewisse ethische Grundbegriffe einzupflanzen und die Erhaltung dieser moralischen Lympe zu schützen. — wodurch zu schützen?: nun, doch wieder durch Strafen. Den Widerspruch erklärt er aus der Annahme, daß „bei der jetzigen und in absehbarer Zeit zu erwartenden Zusammensetzung des Reichstags die Existenz eines Strafbuchs, das auf irgendwelche Handlungen Strafen androht, als unentbehrlich angesehen wird“. Das ist zweifellos richtig, nur scheint der Glaube unbegründet, daß jemals ein Reichstag oder welche Einrichtung immer ihn in besseren Tagen ersetzen mag, Strafbestimmungen als entbehrlich ansehen werde. Es ist aber das Schicksal aller opportunistischen Anpassungen mit reformistischen Absichten, daß sie nicht unter zwei Uebeln das kleinere durchsetzen und dadurch Besserung schaffen, sondern daß sie ein Uebel erst recht haltbar machen, wobei die geflickten Schäden schnell genug von selber wieder einreißen. Das kleinere Uebel ist stets das größte Uebel, weil es am schwersten auszurotten ist.

Ausgezeichnet ist Werthauers Vorlage in allem, was sie nicht enthält, vortrefflich sind die Begründungen, warum auf vieles verzichtet wird. Der Abschnitt C „Nicht aufgenommene Delikte“ ist insofern der wertvollste Teil der Schrift, als hier die Ueberflüssigkeit zahlreicher Strafandrohungen mit einer Logik aufgezeigt wird, die, auf sämtliche Delikte angewandt, die Entbehrlichkeit und Schädlichkeit jeglicher Bestrafung dartun müßte, aber auch die Scheußlichkeit des Regierungsentwurfs für das neue Strafgesetzbuch grell beleuchtet vor das Bewußtsein tritt. Die Kritik des Eides als mittelalterliche Beschwörungsformel, die Beweisführung, daß der Eid die lügenhafte Aussage fördert, statt sie zu unterbinden und den unschuldigen Angeklagten dem meinedigen Belastungszeugen einfach preisgibt, sollte nie wieder aus der Agitation gegen das staatliche Recht aller Sorten verschwinden. Die faulige und heuchlerische „Unzucht“-Verfolgung des offiziellen Entwurfs findet ebenso ihre verdiente Abfertigung. Doch gilt, was Werthauer von dem ekelhaften Schund- und Schmutzparagrafen sagt, ebenso für alle Angriffe „gegen den gesunden Sinn des Volkes“, nämlich, daß Selbsthilfe das einzige ist, was aufräumen kann. In der Auseinandersetzung mit den Bestimmungen über Kuppelei, Frauenhandel und Zuhälterei finden sich klarste Widerlegungen der bestehenden und beabsichtigten Strafbestimmungen, so wenn gegen die Verfolgung der Zuhälterei gesagt wird: „Es liegt kein Anlaß vor, die Dirne mehr als jeden anderen zu schützen. Soweit der Zuhälter die Dirne veranlaßt, ihrem Gewerbe besonders fleißig nachzugehen, übt er keine andere Funktion, als die kapitalistische Weltordnung im allgemeinen sie überhaupt gegen die Dirne übt.“

An dieser und an manchen anderen Stellen zeigt Justizrat Werthauer überraschend gutes Verständnis für die Bedingtheit von Uebelständen im Wirtschaftsverfahren der Gegenwart. Da ist es denn verwunderlich, daß er auf der anderen Seite den bestehenden Staat „gegen jede Umsturzgefahr“, ja gegen alle Handlungen schützen will, die sich gegen „politische oder wirtschaftliche Kräfte der Gemeinschaft“ wenden. Wie kann man sagen: „Jede Gewalt und Ausbeutung muß auf deutschem Boden strafbar sein“ und gleichzeitig die Republik, die doch der politische Ausdruck gewaltsamer Ausbeutung ist wie jeder andere Staat, gegen Umsturz sichern wollen? Ausdrücklich wird festgestellt, daß das Strafbuch nicht dazu da ist, das Privateigentum zu schützen, aber dahinter folgt sofort die Ausnahme: es sei denn gegen Gewalt, List, Untreue; damit sind doch die

kapitalistischen Eigentumsbegriffe auf das deutlichste wieder anerkannt. Ein von anständigsten sozialen Empfindungen bewegter Geist scheidet in seinem Bestreben, seine anständige Gesinnung zur Richtschnur des öffentlichen Waltens zu machen, durch den Irrtum, der Staat, irgendein Staat, könne auf dem Wege der Gesetzgebung Anstand fördern oder sichern. Der Staat, auch der republikanische jeder Art, ist nichts als der gewaltsame Schutz der wirtschaftlich Starken, und der pazifistische Traum, gewaltlos an dieser Gewalttätigkeit etwas zu ändern, ja, mit den Mitteln der Staatsmacht die Umgangsform der Gewalt abzuschaffen, ist in der Wirkung nur die Unterstützung der obrigkeitlichen Gewalt gegen die ihr entgegengesetzte Notwehr. Der Kampf gegen die Gewalt unter grundsätzlicher Verpönnung gewaltsamer Mittel bedeutet Leugnung der Chirurgie in der soziologischen Medizin, bedeutet, den qualvollsten Tod der Menschen und der Gesellschaft dem befreienden Eingriff den Vorzug geben. Hier liegt der entscheidende Unterschied zwischen dem Pazifisten und dem Revolutionär.

Werthauer geht an sein Problem ganz als Pazifist heran. So kann er nicht zur Wurzel hinabgelangen und hakt sich an der Illusion fest, gesellschaftliche Machtfragen seien durch sittliche Uebereinkünfte der Machtsphäre zu entziehen. Er entnimmt dem Wortschatz der französischen Revolution die Forderungen „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, ohne ihnen den Staub der bürgerlichen Liberalität abzuwischen und meint, ihre Uebernahme ins Vokabularium des Strafgesetzbuches genüge, um aus dem riesenhaften Ringen der Klassen um die Erzeugung und Verteilung der Güter eine Angelegenheit friedlicher Ausgeglichenheit zu machen. Daraus ergeben sich alle Mängel seiner in der Grundtendenz hochanständigen Schrift. Daraus ergibt sich zunächst, daß aus dem Strafbuch ein Gesetz zum Schutze der Republik wird, das sich im Gegensatz zu dem verflossenen Radbruch'schen und dem drohenden Severing'schen wohl bemüht, „am schwersten das Handeln aus monarchistischen oder diktatorischen Beweggründen, danach das Handeln mittels Gewaltanwendung und Mißbrauch geldlicher Macht“ zu treffen, das aber doch keinerlei Bürgschaft für das Proletariat bietet. Von den Vorrechten der Staatsgewalt, im Interesse des Besitzes Verbrechen gegen Leib und Leben der Besitzlosen zu begehen, wird durch keine Heiligsprechung der schwarz-rot-goldenen Farben etwas weggenommen; ein Schutz gegen Zörgiebel ist in Werthauers Strafbuch nicht vorgesehen. Der Mai 1929 in Berlin bliebe auch unter solchem Strafrecht möglich, denn die Polizei der Kapitalisten sucht sich ihre Opfer selber aus und gegen sie hilft keine ethische Gesetzgebung.

Gleichwohl ist es sehr erfreulich, daß diese Schrift erschienen ist. Justizrat Werthauer bringt der Verfassung und den Gesetzen der Republik hohe Achtung entgegen und legt sogar diese Achtung seinem gesamten Gesetzesvorschlag zugrunde. Umso kräftiger können wir, die wir seine respektvollen Gefühle für den Staat und seine Sicherungen nicht teilen, sein gutes Wollen unserem revolutionären Kampf gegen die Strafjustiz nutzbar machen. Werthauer kennt als Strafe nur die Freiheitsentziehung und zwar einheitlicher Art. Er bezeichnet zutreffend die Geldstrafe als „eine Strafe, die bezüglich der Mehrheit der Volksgenossen auf dem Papier steht, aber eine Begünstigung der Reichen enthält“. Wir glauben nicht an eine Besserung des geltenden Zustandes durch Reichstagsbeschlüsse, jedoch können wir uns in der revolutionären Werbung auf das Zeugnis des hervorragenden Juristen beziehen, daß die Umwandlung verwirkter Gefängnisstrafen in Geldstrafen, die uns als Fortschritt gepriesen wird, sich als einfache Sonderentrechtung der Armut ausweist. Werthauer

setzt als Höchststrafe selbst für die schwersten Verbrechen, worunter er erstaunlicherweise neben Mord und Brandstiftung auch das Duell und die Störung zu Weihe, Unterhaltung und Belehrung versammelter Menschen rechnet, fünf Jahre Einschließung an. Unsere Sozialdemokraten sollten sich ein wenig zu Herzen nehmen, was ein ehrlicher Bürger dazu äußert, daß sie noch nicht einmal zur Zehnjahresfeier ihrer lieben Weimarer Verfassung dazu zu kriegen waren, auch nur die armen Menschen in Freiheit zu setzen, die noch von Kriegszeiten her in den deutschen Zuchthäusern geschunden werden. „Wer als Gelehrter oder vom Schreibtisch aus“, schreibt Werthauer, „5 Jahre noch für zu gering hält, soll sich erst selbst solcher Strafe unterziehen und dann mitzusprechen beginnen.“ Da aber doch fast nur Proletarier überhaupt für länger als 5 Jahren verurteilt werden, werden wir wenig Hoffnung haben, regierende „Sozialisten“ für Abkürzung langer Kerkerstrafen zu gewinnen, dürfen uns hingegen bei unserer revolutionären Propaganda gegen die Brutalität der Klassenjustiz wiederum auf das Zeugnis des einsichtigen Fachmannes beziehen.

Es ergibt sich als Gesamturteil über Werthauers Strafbuch-Entwurf von freiheitlich-revolutionären Gesichtspunkten aus die Ablehnung der in ein neues Schema gebrachten Strafbestimmungen in allem einzelnen, dagegen die Zustimmung zu vielen allgemeinen Feststellungen, soweit sie kritisch gegen die bestehenden Auffassungen angehen. Die Gründe, mit denen etwa die Denunziantenzüchtereien in der Straffjustiz und die Prämierung von Spitzeleien verurteilt werden, verdienen allgemeine Verbreitung auch unter dem staatsfeindlichen Proletariat. Vor allem verdient die mutige Sauberkeit des Denkens große Anerkennung, die den Verfasser trotz aller seiner Sorge um die deutsche Republik und trotz aller seiner Befangenheit in überalterten Staatsbegriffen immer wieder die Skepsis gegenüber aller Strafreien betonen läßt. Daß er endlich selber nichts anderes weiß als doch zu strafen, ist die Folge seines zugegebenermaßen unrevolutionären Reformwillens. Aber er grenzt sich nachdrücklich ab gegen die Leute, die mit der Bestrafung eines Menschen seine Schändung und dauernde Schädigung verbinden wollen. „Die Strafe soll nichts sein als Strafe. Wird eine Strafe gegen einen Täter (vielleicht zu Unrecht) erkannt, so soll wenigstens nur sie und nichts anderes deshalb eintreten.“ Und nach dieser Verwahrung noch einmal die Erklärung, mit der Werthauer in einer wichtigen Auffassung der Meinung der Anarchisten doch sehr nahe kommt: „Alle Ausführungen, die dahin gehen, daß eine Strafe sonst irgendeinen „Zweck“ habe (Besserung, Abschreckung), beruhen auf unrichtigem Denken. Die Strafe als solche ist stets ungerecht. Sie hat keinen anderen Zweck, als den Gesetzgeber zu befriedigen, der eine Strafe für nötig hält.“

Deutsche Front

Am Sarge des großen Staatsmannes hat sich die deutsche Front zusammengefunden, den Zylinder auf den Denkgefäßen der nüchternen Vernunft und den Boden der gegebenen Tatsachen unter den Gummireifen der Limousinen. Ernste Zeiten sind wieder einmal über unser deutsches Volk hereingebrochen. Verwaist umsteht es das frische Grab Gustav Stresemanns, des herrlichen Führers der Nation aus Druck und Dreck zu Glanz und Pracht, und vorn und hinten findet es nimmer Seinesgleichen. Hindenburg selber gab ihm das Geleit und zog aus diesem Anlaß den

Republikaner an; zum Zeichen aber, daß er zugleich den Monarchisten auszog — denn er hält auf strenge Trennung der zwei Seelen in seiner Brust — verbot er seiner an die Republik noch nicht gewöhnten Reichswehr, mit ihm hinter dem Leichenwagen zu marschieren. Das darf sie nur, wenn ein Reichspräsident selbst stirbt; ein Reichsaußenminister ist ihr viel zu wenig, wurde dem trauernden deutschen Volk erklärt, und beim Reichsaußenminister Rathenau wurde eine Ausnahme nur „gewissermaßen zur Sühne“ für seine Ermordung gemacht. Für Historiker bliebe es demnach eine lohnende Aufgabe, festzustellen, ob die Ehrenkompanie bei Rathenaus Bestattung am Ende von der 1922 noch für große Dinge ausersehenen Schwarzen Reichswehr gestellt wurde, die ja Bescheid wissen konnte, wo es gewissermaßen etwas zu sühnen geben mochte.

Die Sozialdemokraten haben am lautesten geweint um Stresemanns Tod. Sie hatten auch am meisten Grund zum Kummer. Als der Westentaschen-Bismarck (papierne Ausgabe der Eisenprägung) als Industriesyndikus die nationalliberale Kriegsfurie in Hysterie versetzte, da lehrte er die Ebertschen die ersten Tanzschritte des patriotischen Begeisterungsgalopps, bei dem es hieß: Anschluß nicht verlieren; Wilhelm kennt keine Parteien mehr; wer Krupp und seinen Generälen hilft, dem ist der Dank des Vaterlandes in Form von Pfünden gewiß! Stresemann verlangte den unbeschränkten U-Bootkrieg und die Sozi erkannten seine Berechtigung; Stresemann verlangte die flandrische Küste und Scheidemann höhnte über die Leute, die das Verschieben von Grenzsteinen mißbilligten; Stresemann schrie nach einem deutschen Frieden, und die Sozi zeigten mit ihrer Zustimmung zu Brest-Litowsk und Bukarest, was sie unter einem Scheidemann-Frieden verstanden. Stresemann hielt durch bis zum Ende und die Sozi bewilligten bis zum Ende die Kredite. Sie hatten viel von ihm gelernt und er lernte viel von ihnen, denn wie sie zuvor auf den kaiserlichen Tatsachenboden getreten waren, so trat er auf den republikanischen, bis die Republik kaiserlich genug geworden war, ihn zum Reichskanzler zu berufen. Da ließ er die Sozi Truppen nach Sachsen schicken, um das parlamentarische System durch die Diktatur ablösen zu lassen, und danach schickte er sie zum Teufel und regierte mit seinen Freunden und Hurra-kameraden ohne sie weiter. So wurde er lebenslänglicher Reichsaußenminister und versöhnte sich in Locarno mit den Gerichtsvollziehern, die in seinem Laden die Kasse gepfändet hatten. Die Sozialdemokraten erkannten nun erst, was für ein wahrhaft großer Staatsmann er war und entzogen ihm auch nicht ihre loyale Bewilligungsbereitschaft, als auf sein Drängen die Keudell und Schlieben der deutschen Politik den rechten nationalen Schuß gaben. Aber als das Zahljahr zusammentraf mit dem Wahljahr, da war es wieder Gustav Stresemann, der erkannte, daß nun die guten Sozi heranmüßten, da niemand wie sie befähigt und entschlossen war, den Proleten die Taschen umzukehren, und damit im Innern nicht seine eigenen Leute die Kosten bezahlen müßten, die Stresemann im Äußeren den Steuerzahlern aufbrummte. Seitdem müllert der Hilferding Stresemanns System, spart auf Kosten der Erwerbslosen, schafft Meir-Einnahmen aus Butter und Zucker und allem, was der Arbeiter nicht entbehren kann und läßt sich von Iwan Kreuger aus Stockholm gegen die monopolisierte Lieferung von verteuerten Schundstreichhölzern eine halbe Milliarde vorklareken. Der Wissell aber hilft dazu, die Lebensansprüche des Proletariats zur Bescheidenheit herabzuschlichten, und der Severing sorgt, daß die Arbeiter still halten, sonst gibt's blaue Bohnen.

Und jetzt gerade muß der große Staatsmann dahingehen. Nicht einmal das Haager Werk hat er mehr vollenden können, deswegen sich

sogar die Franzosen beinahe mit den Engländern verkracht hätten, wenn nicht Stresemann dazwischen gegangen wäre, und sie überzeugt hätte, daß sie sich doch darüber einigen müßten, wie sie den Tribut unter sich verteilen wollten, den die deutschen Arbeiter herausschwitzen sollen. Das sah sogar der Sozialist Snowden ein, und so dürfen wir hoffen, daß das Werk des Verewigten verewigt werde in den Zahlungsausweisen zweier Generationen dieses gesegneten Landes. Aber die Lücke klafft weit und grau, die sein Tod in die Müllersche Regierung, in die Tafelrunde des Völkerbundes, in die Reihen der genialen Staatsmänner vom Range des Dr. Breitscheid, in den Vorstand der Deutschen Volkspartei und in die Verehrungsparte des Vorwärts reißt. Ach, und schon scheint es, als fände der große Tote gar kleine Erben. Eine neue deutsche Front will sich bilden, um in seinem Geiste die Schienen der deutschen Realpolitik fortan zu befahren; aber sie, die die Schienen jahraus jahrein blank gescheuert haben, die Sozialdemokraten, will man nicht mehr mitfahren lassen. Kurzsichtige! Sie sehen nicht, daß sie eine Schmalspurbahn bauen, wo sie eine Breitscheidebahn haben könnten!

Übrigens ist noch nicht alle Hoffnung verloren, daß die Sozialdemokraten doch noch in die deutsche Front mit aufgenommen werden. „Der Prüfstein für den Bestand der gegenwärtigen Regierung“, schreibt Herr Dr. Cremer von der Stresemann-Partei im Börsen-Courier, „wird die Finanz- und Steuerreform sein.“ Also Hilferding erhält von der Industrie noch Bewährungsfrist. Aber dennoch: es hat sich schon gezeigt, was die Arbeiter Deutschlands alles widerstandslos schlucken, und vielleicht ist es schon soweit, daß die Großausbeuter meinen, es ihnen nun selber hinreichen zu können, was sie bisher zur Vorsicht aus den Händen von „Sozialisten“ in den Schlund geschoben bekamen. Herr v. Kardorff hatte doch schon recht deutlich zu den Deutschnationalen hinübergewinkt: laßt den Hugenberg eine Weile beiseite gehen, holt euch wieder den Grafen Westarp an die Leitung und wir machen das Geschäft in eigener Regie weiter, für das uns die Müller-Esel die besten Mehlsäcke schon herbeigetragen haben. Und vom Zentrum her hat Herr Kaas kräftig in dieselbe Ecke gepiffen und der Dr. Wirth, der bekanntlich im klerikalen Orchester die demokratische Klarinette bläst, hat dem Pfiff-Kaas den öligen Klang gegeben und beruhigend geflüstert: Es war ja nicht so grimmig gemeint, daß es auch ohne die Sozi gehe: solange der Radikalismus eines Hugenberg —, will sagen: sobald der Opportunismus eines Westarp —, ich, der Erfüllungs-Joseph von Genua, bin der würdige Nachfolger Stresemanns im Auswärtigen, aber nur, wenn die Dawes-Brüder in Schwarz-weiß-rot auch das coffeinfreie Haag-Gesöff in Kauf nehmen wollen. Denn ohne die Erledigung der Kriegsschuldenfrage, die nichts zu tun hat mit der Kriegsschuldfrage, ist der Abschluß des Reichskonkordats, das einen ultramontanen Reichsaußenminister erheischt, und die Durchführung des Keudell-schen Schulgesetzes in konservativ verbesserter Form nicht aussichtsreich genug.

Konservative Politik auf dem Boden der Republik! das ist die Forderung des Herrn Dr. Cremer. Deutsche Front nennt Herr v. Kardorff die faschistische Koalition mit außenpolitischer Stresemann-Taktik. Das Zentrum ist mit von der Partie und die Sozialdemokraten dürfen der blanken Wirtschaftsdiktatur noch solange vorarbeiten, bis sie die Finanz- und Steuerreform nach den Wünschen des Großkapitals unter Fach gebracht haben. Dann können sie sich in Muße der Trauer um den großen Staatsmann Stresemann hingeben, der sie zeit lebens wie einen Apportierhund hergepiffen und wieder weggetreten hat, können seine Büste zu denen ihrer

übrigen Heroen Ebert, Erzberger und Rathenau an der Siegelallee ihrer deutschen Front aufpflanzen und abwarten, ob sie endlich der von ihnen dick gepöppelte Faschismus oder das von ihnen tausendfach betrogene Proletariat mit dem Gnadenpuff des Ekels in die Grube der Verwesung stößt.

Volksbegehren

Das dritte „Volksbegehren“ in der deutschen Republik ist so komisch wie die beiden ersten. Als es sich um die Fürstenenteignung handelte, stellte man die Forderung zur Abstimmung, eine von der Revolution unterlassene Maßnahme auf dem Wege der Gesetzgebung nachzuholen und dem Staat, will heißen, der monopolisierten Ausbeutung, Güter zuzuschansen, die zuvor persönlich monopolisierten Ausbeutern gehört hatten. Das zweite Mal verlangte man ein Gesetz, nach dem eine bestimmte Waffengattung aus dem Bauplan der Wehrmacht ausscheiden sollte. Jetzt will man wieder ein Gesetz, durch das die kapitalistische Staatspolitik gezwungen werden soll, sich in der Richtung bestimmter nationaler Parteiwünsche zu bewegen. In allen drei Fällen ging es nicht um eindeutige Massenforderungen, die sich im Gegensatz zu den Absichten der Obrigkeit durchsetzen wollten, sondern um ziemlich nebelhafte Äußerungen sehr begründeter Unzufriedenheit; in keinem Fall fanden die Verfasser den sprachlichen Satzbau, der dem Willen aller der Menschen entsprechen hätte, die ohne Atemnot Ja hätten sagen mögen. Uebrigens bot die Fassung aller drei Volksbegehrens-Vorlagen der jeweiligen Regierung die Möglichkeit, durch Auslegungskünste zu behaupten, das geforderte Gesetz würde eine Aenderung der Verfassung in sich schließen, und da unsere gerühmte Weimarer Verfassung schon alle die Vorzüge hat, die Herr Schober seinen österreichischen Volksgenossen zwecks Einführung faschistischer Regierungsmethoden in seiner Verfassung erst bescheren will, gelang es ihr jedesmal, die ganze Stimmzählerei zu einer reinen Hanswurstiade zu machen. Die zu einem positiven Ergebnis solcher Art erforderlichen 20 Millionen Stimmen sind selbstverständlich unter keinen Umständen zusammen zu bringen, wenn es sich nicht gerade um ein von der Staatsmacht gefördertes Kriegsbegehren handeln sollte. Merkwürdigerweise begeisterten sich bei allen drei Versuchen, die Massen zu Kraftproben durch Zahlenüberlegenheit zu sammeln, am meisten solche Parteien und Gruppen, die sonst von der Auszählungsdemokratie am wenigsten halten, und sah man 1926 anarchistische und syndikalistische Jugendgenossen feurig bewegt, die Fürstenschlösser in Staatsbesitz zu überführen, so sieht man jetzt die antidemokratische deutsche Männerfaust der Nationalsozialisten brünstig um den Federhalter geballt, der ihr Ja! zu dem Bekenntnis festlegen soll, daß eine Angelegenheit der Macht durch öde Paragraphen geregelt werden müsse.

Ich kann mir wohl denken, daß ich einmal meine Stimme für ein Volksbegehren abgeben würde, obwohl ich bis jetzt in meinem ganzen Leben noch niemals von meinem heiligsten Recht, eine Majorität unter den Staatsbürgern erzielen zu helfen, Gebrauch gemacht habe. Wenn z. B. die Forderung hieße: Der § 218 des Strafgesetzbuches wird gestrichen!, so würde ich diese Möglichkeit benutzen, dem Staat mit seinen eigenen

demokratischen Mitteln die Erlaubnis zu der ruchlosesten Vergewaltigung wehrloser armer Frauen zu nehmen. Aber in Deutschland wird man nie einen einfachen Weg gehen, wenn irgendwo ein komplizierter zu finden ist.

Die Republikaner des Landes und mit ihnen alle ruhigen Kaufleute, die wissen, daß der Young-Plan ein internationales Abkommen ist, das den deutschen Arbeiter allein belastet, wenn der deutsche Kapitalist sozialdemokratische Nachtwächter bestellt hat, erregen sich über die Maßen, daß die Herren Hugenberg, Seldte und Hitler die Unterzeichnung derartiger Verträge deswegen als Landesverrat behandelt wissen wollen, weil sie sich oder doch ihrem Anhang einzureden suchen, der Kapitalist müßte selber zahlen. Die Regierung, deren Mitglieder bei Annahme des Gesetzes in der Tat bedroht wären, schreit infolgedessen unter Aufwand aller Stimmittel gegen die Volksbegehrer. Das ist einmal die Art von Regierern, daß sie so tun, als wären sie bloße Diener des Volkes, aber im entscheidenden Augenblick diesem Volke die Soße, die sie ihm servieren sollen, über die Hose gießen. Aber kraß ist, daß die Herren jetzt einfach ihren Beamten verbieten, ihrem Willen, daß die Minister gefälligst ins Zuchthaus sollen, den gesetzlich garantierten Ausdruck zu geben. Hätte man 1918 getan, was jeder Arbeiter verlangt hat, die Aemter des alten Staates ausgehoben, dann brauchte man keine Furohr zu haben, daß die neue Bürokratie gegen das bestehende System sein könnte. Die Nutznießer der Revolution haben aber alle Ansprüche des Proletariats gerade dadurch erstickt, daß sie die wüsteste monarchistische Reaktion bevollmächtigten, ihre alte Macht mit den alten Mitteln anzuwenden. Jetzt, wo das einmal gegen das eigene liebe Wohl ausschlägt, werden den treuen Beamten, die die Republik zur kaiserlichsten der Welt gemacht haben, mit einem Male die staatsbürgerlichen Rechte entzogen, die sie in Betreuung haben. Wo steht denn, daß die Beamten deswegen, weil sie ihre königstreue Ueberzeugung der republikanischen Arbeiterknechtung zur Verfügung gestellt haben, ihrer bürgerlichen Ehrenrechte verlustig gegangen sind? Die disziplinarische Verfolgung der Beamten, die sich für das Volksbegehren eintragen, ist eine Selbstentblößung des Staates, wie wir sie uns nicht besser wünschen können: Demokratie so lange, wie ihre Nutznießer keinen Schaden davon haben. Die Monarchie hat sich von vornherein mit monarchistischen Sachwaltern umgeben, hat denen so viele und so wenig Rechte gegeben, wie sie es für nützlich hielt, hat aber auch nicht so getan, als ob sie eine freiheitliche Musterküche wäre. Die Demokratie aber, hat sich mit monarchistischen Sachwaltern umgeben und denen dabei gesagt, solche Duldsamkeit liege im Wesen der Demokratie begründet. Jetzt, wo die Monarchisten sie ins Zuchthaus stecken wollen, ist es mit der Duldsamkeit plötzlich vorbei. Da möge man nicht triumphieren, weil die Eintragungslisten sich nicht recht füllen wollen. In dem Beamtenstaat, in dem wir leben, ist der Ausfall der Stimmen, die unter Hungerandrohung von der Ausübung des Eintragsrechtes ferngehalten werden, außerordentlich groß. Diese Beamten verzichten deswegen, weil man sie ihren Wunsch nicht öffentlich aussprechen läßt, noch lange nicht auf das Begehren, der regierenden Trauergemeinde um Stresemanns Bahre im Zuchthaus faschistische Disziplin beizubringen. Da der Faschismus dank unserer republikanischen Staatsdemokraten alle Anwartschaft hat, sehr bald nach seinem Belieben zu handeln, hat gerade der angeblich unsinnigste Paragraph des Volksbegehrens, der die Garanten des Tributplanes als Landesverräter der Rache der Justiz ausliefern will, auch ohne Aufbringung der nötigen Unterschriften die größte Aussicht, einmal angewandtes

Recht zu werden. Dann werden sich die Regierungsbonzen ebenso wie die abstimmungsföhlichen Hakenkreuzler überzeugen, daß nicht Zählen, sondern Handeln Tatsachen schafft.

Ferrers Tod

Am 13. Oktober 1909 fiel der große anarchistische Pädagoge Francesco Ferrer auf dem Sandhaufen zu Monjuich unter den Schüssen der von Pfaffen geladenen Flinten. Zum ersten Jahrestage 1910 veröffentlichte ich in Landauers „Sozialist“ die Gedenkworte, die ich, leicht gekürzt, hier wieder abdrucke. E. M.

Dies ist der Tag, wo wir in ernstem Schweigen
Und ernsten Sinnens voll die Häupter neigen.
Durch das Gedächtnis läuft ein blutiger Schauer.
Dies ist der Tag des Zorns, der Scham, der Trauer

Nacht lag auf Spanien, dumpfe schwarze Nacht.
Hohl schlugen in der Finsternis die Herzen.
Wer Licht begehrt', dem gab man dunstige Kerzen,
Zum Sonnentage aber stieg kein Schacht.
Durch öde Hallen fuhr scheinheiliges Heulen
Und schaurig klappte Flügelschlag von Eulen.
Da rief die Stimme eines Mannes laut, —
Und wie gepackt von stürmenden Gewittern
Fühlt' man die Gruft in ihrem Grund erzittern —:
Folgt mir! Ich führ' euch, wo ihr Leben schaut!
Eh' euerm Geist die letzte Schwinge bricht,
Folgt mir! Heraus zum Tag!, zur Luft!, zum Licht!

Und Ferrer fand den Weg und drängte vor.
Schon rüttelt' stark er an der Freiheitspforte.
Aus neuen Schulen klangen neue Worte
Hell durch die Nacht in hoffnungsvollem Chor. — —
Da schrie ein Uhu. Nachtgespenster piffen,
Und Pfaffenfäuste haben zugegriffen

Und Ferrer fiel. Doch als die Salve kracht',
Da sprühten aus den Flintenhähnen Funken,
Die, wo des Lehrers Körper hingesunken,
In hellem Glanz erleuchteten die Nacht.
Da sah die Welt in schreckensvollem Grausen

Die Gräfte, wo die spanischen Pfaffen hausen.
 Millionenfach dröhnt ein Empörungsschrei
 Und überdröhnt die Pfaffenlitanei. —
 Fort mit der Finsternis, laßt Sonne ein!
 Das Volk steht auf, geführt von Ferrers Manen.
 Nachtulen gleich entrauschen die Soutanen, —
 Und Spanien wird ein Land des Lichtes sein!

Arno Holz

Keiner der neueren Dichter war und ist mehr umstritten als Arno Holz. Eine große Gemeinde betrauert seinen Tod als den Abschluß eines Werkes, das in mächtiger Höhe diese Zeit übertragen wird. Andere beurteilen dieses Lebenswerk nicht viel günstiger als eine artistische Kuriosität häufig wechselnder Launen und Einfälle und betrachten den Tod des Dichters als den bloßen Anlaß, einen Denkstein zu setzen, wo längst Begrabenes ruht. Ohne Zweifel sind beide Urteile bei all ihrer Gegensätzlichkeit im dichterischen und menschlichen Charakter dieser höchst eigenartigen kulturellen Erscheinung begründet. Holz trat zu einer Zeit heftiger Gärung als ausgesprochener Kämpfer vor die literarische Öffentlichkeit. Sein „Buch der Zeit“ entdeckte vor 40 Jahren die sozial gesehene Großstadt als Objekt lyrischer Gestaltung. Hier tönnten revolutionäre Anklagen gegen Elend und Unrecht, hier wurde gesellschaftlich Partei genommen, festgelegt, von wo aus die Welt gesinnungsmäßig anzupacken sei. Dann aber schlug der revolutionäre Drang auf die Art zu dichten um. Der revolutionäre Dichter verwandelte sich in den Dichter revolutionärer Literaturtheorie. Mit Johannes Schlaf gemeinsam wurde der Naturalismus erdacht, geschaffen und mit großem Können dichterisch vorgeführt. Hauptmann war der Schüler von Holz und Schlaf. — „Die Kunst hat die Aufgabe, wieder Natur, nichts als Natur zu werden!“ Dieser Holzsche Satz gab einer ganzen Literaturperiode Inhalt — und überlebte sich, weil er eine Verkennung des Kunstbegriffes bedeutet, in einem Jahrzehnt. Da ging Arno Holz daran, die literarische Form zu revolutionieren, schuf die Phantasusform, den um eine Mittelachse gruppierten Vers, den er meisterhaft beherrschte, erging sich voll Bosheit, Kampflust, nie ermüdendem Angriff in alten barocken Formen der Lyrik und in ausgezeichneten Parodien. Das ganze Werk, das er hinterläßt, ist Beispiel revolutionärer Dichtart und so auch gewollt. Arno Holz war Dichter in einer revolutionären Werkstatt. Hier liegt seine Größe, die den Begeisterten in vielem recht gibt, hier auch seine Schwäche und Antiquiertheit. Sein Name wird leben bleiben und Kampf bedeuten.

Wilder Streik

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin, kann den Ruhm für sich beanspruchen, die erste freigewerkschaftliche Organisation zu sein, die sich offen zu den Aufgaben bekennt, die die staatsfromm gewordenen Sozialdemokraten als Gewerkschaftsarbeit geleistet sehen wollen: Verhinderung jedes Kampfes der Arbeiter um anständige Lebensbedingungen, wirtschaftsfriedliche Verständigung mit den Unternehmern unter dem Gesichtspunkt guter Profitsicherung für's Kapital, nötigenfalls Sabotage ausgebrochener Streikbewegungen durch Vermittlung von Streikbrechern und Anrufung staatlicher Gewalt gegen die Organisatoren proletarischer Wirtschaftskämpfe. Urich, der Ortsleiter des Verbandes, beantwortete bestimmte Lohnforderungen der in der Mehrheit oppositionellen Rohrlegerbranche innerhalb der Gewerkschaft damit, daß er die Branchenkommission absetzte, eigenmächtig einen Rohrlegerausschuß ernannte und mit diesen Heloten gegen den Willen der betroffenen Arbeiter einen Tarifvertrag mit erheblichen Verschlechterungen gegen den früheren nach dem Willen der Unternehmer abschloß. Als darauf die Branchekollegen unter dem Namen „Vereinigung der Rohrleger und Helfer“ einen eigenen Verband bildeten, der die Nichtanerkennung des Urichschen Vertrages und den Streik beschloß, beschlossen die Unternehmer die Aussperrung für alle, die sich nicht durch Unterschrift zur Anerkennung des neuen Tarifs verpflichteten. Der Streik begann am 26. August, die Aussperrung am 2. September. Der DMV. der Vorwärts und mit ihnen natürlich der Verband Berliner Baugeschäfte und der Verband Berliner Metallindustrieller plärren seitdem um die Wette gegen den „wilden Streik“ und überbieten einander in der Anwerbung unsolidarischer Leute als Streikbrecher. Die Polizei des Zörgiebel steht schwerbewaffnet zum Schutz der „Arbeitswilligen“ gegen diejenigen bereit, die ihren Kindern gern ein Stückchen Brot mehr verdienen möchten, als die Kapitalisten und ihre sozialdemokratischen Zutreiber für nötig halten. Jetzt ist der Gipfel ausdenkbarer Niedertracht erklommen. Die hohe Polizei hat die gesamte Streikleitung der Rohrleger angeblich wegen Aufforderung zu Gesetzwidrigkeiten verhaftet und der Vorwärts applaudiert dazu. Selbstverständlich weiß jeder, daß der Zörgiebel, der sich ja auch im Mai darauf berief, daß er beim Anrichten des Blutbades alles in dauernder Beratung mit den Gewerkschaften getan habe, auch die neueste Schändtat nicht ohne Zustimmung des Urich und des dazu gehörigen Geschmeißes unternommen hat, wahrscheinlich sogar erst auf deren Anregung. Man kann nun nur hoffen, daß der Kampf der oppositionellen Rohrleger, der wie selten einer von der Sympathie des Berliner Proletariats begleitet wird, zu einem halbwegs günstigen Abschluß geführt werden kann. Die revolutionären Arbeiter aber mögen aus dem Vorgang lernen.

daß für sie in den Zentralverbänden kein Raum mehr ist, und daß mit Aussicht auf Erfolg nur noch Arbeiterkämpfe durchgeführt werden können, die die schwarz-rot-gelbe Bonzenwirtschaft als wilde Streiks verlästert.

Die eiserne Ferse

Die gemeine Justizkomödie von Gastonia ist unter Beistand der lynchfreudigen Kukluxklan-Banditen zu dem Abschluß gelangt, mit dem sich der amerikanische Faschismus angesichts der Erregung des Proletariats der ganzen Erde für diesmal begnügen will: 7 Angeklagte wurden zu Strafen von 12 bis zu 30 Jahren Zuchthaus verurteilt in einem Prozeß, in dem der Syndikus des Textilkonzerns, Rechtsanwalt John G. Carpenter, der persönlich einen der Ueberfälle geleitet hatte, als Staatsanwalt auftrat. Nach der Gerichtsverhandlung in Charlotte, bei der die sorgfältig gesiebten Geschworenen plötzlich doch noch nicht sicher genug schienen, um eine Verurteilung zu verbürgen, und die dann durch den glücklichen Umstand abgebrochen werden konnte, daß ein Geschworener einen Tobsuchtsanfall bekam — „es ist ein göttlicher Eingriff“, sagte Richter Barnhill —, nach der mißglückten ersten Verhandlung mußte neue Regiearbeit getan werden, um die Ladenbesitzer der Provinz gegen die Arbeiter in Wut zu setzen. Man entließ ohne weiteres 9 der Angeklagten und beschränkte sich auf die Vernichtung von 7 am Streik Beteiligten, wobei man nicht mehr Mord, sondern Totschlag annahm. Um aber zu zeigen, was für schlechte Kerle die Arbeiter seien, wurde eine neue Unternehmung der „Schwarzen Hundert“ gegen die Gewerkschaftsräume und die Proviantlager der Arbeiterhilfe durchgeführt. Es wurde wüst geplündert und zerstört, und drei Gewerkschaftsführer, die die Bande schon an Bäumen aufknüpfen wollte, konnten gerade noch durch das Eingreifen von Arbeitern, Farmern und Jägern gerettet werden. Dagegen fiel die Genossin Ella May Wiggins, Mutter von fünf Kindern, eine Arbeiterdichterin, die der „Singvogel von Gastonia“ genannt wurde, weil sie ihre Streikballaden bei Versammlungen vorzusingen pflegte, den gedungenen Mördern der Unternehmer zum Opfer. Sie wurde von einem mit Arbeitern besetzten Lastwagen heruntergeschossen. Natürlich wurden die neuen Verbrechen der Faschisten wieder in Gewalttaten der Arbeiter umgelogen und so das tolle Urteil ermöglicht. Wenn das Proletariat einmal überall seine Pflicht im eigenen Lande erkennt, dann werden die jetzt verurteilten amerikanischen Genossen nicht lange auf ihre Befreiung warten müssen. Die eiserne Ferse des Kapitals wagt nur das mit aller Härte niederzutreten, was sie wehrlos und von aller Hilfe verlassen glaubt. Aber nicht Deputationen an die diplomatischen Vertreter der eisernen Ferse Amerikas im Ausland schaffen Hilfe, sondern Kampf gegen den Faschismus im nächsten

Umkreis. Zeigt, wo ihr selber seid, daß ihr nicht unter jeder Bedingung willens seid, den Huf zu nageln, der eurer Kinder Zukunft zertrampelt, und die eiserne Ferse wird in aller Welt fühlen, daß sie zu lähmen ist.

Klarstellung

Die Zuspitzung der dem Faschismus entgegendrängenden Verhältnisse in Oesterreich mit der Uebernahme der Regierungsgewalt durch den Wiener Noske Schober konnte in diesem Heft nicht mehr eingehend gewürdigt werden. Doch haben die Ausführungen des Gen. L. Krafft in der vorigen Nummer eine Kontroverse hervorgerufen, zu der sich Gen. Krafft folgendermaßen äußert:

Mein Artikel im letzten FANAL über den immer drohender werdenden Faschismus in Oesterreich hatte eine Zuschrift der Freien Arbeiter-Union (Anarcho-Syndikalisten) zur Folge, in der wohl anerkannt wurde, daß der Artikel „ziemlich sachgemäß die österreichischen Zustände schilderte“, nur wäre, wie es weiter heißt, der Passus über die Redisch-Gruppe nicht richtig. Ich überschätze den Einfluß dieser „kleinen Propaganda- und Agitationsgruppe, die nicht in der Lage sei, den bereits festgewurzeltten Faschismus wirklich aufzuhellen oder zu beseitigen“. Nun liegt hier ganz offensichtlich ein Mißverständnis vor; es war mir ferne zu behaupten, daß es der F. A. U. Oe. möglich sei, dem österreichischen Heimwehrfaschismus allein erfolgreich entgegenzutreten, vielmehr war es mir darum zu tun, den reichsdeutschen Genossen vom Vorhandensein einer anarchistischen Gruppe Kenntnis zu geben, die nicht dem Großmann-Ramus Erkenntnis und Befreiung verdankt und daher der faschistischen Gefahr gegenüber eine wesentlich andere Einstellung hat. Schon die Tatsache, sich nicht überschätzt wissen zu wollen, unterscheidet die F. A. U. Oe. wohltaend vom „Bund herrschaftsloser Sozialisten Oesterreichs“, der laut Angabe seines Klosterneuburger Nutznießers im ersten Jahrgang der „Internationale“ 5000 Mitglieder umfassen soll, während er in Wirklichkeit keine 500 hat. Wenn die in der F. A. U. Oe. organisierte Redisch-Gruppe vor einigen Monaten mit zwei Vertretern am Antifaschistenkongreß in St. Pölten teilgenommen hat und einmütig mit Kommunisten und parteilosen Proletariern über Abwehrmaßnahmen beriet, so kann man mit Recht von ihr behaupten, daß sie im Ernstfalle „nicht die Flinte ins Korn werfen“ wird. Uebrigens hat auch Genosse Edmund Redisch jüngst in seinem Prozeß zugegeben (s. Nebelhorn, Nr. 62/63, 1929), er sei derzeit nicht aus Prinzip, sondern nur aus taktischen Gründen Gegner von militärischen revolutionären Mitteln. Der erfreuliche Wesensunterschied zwischen österreichischen Syndikalisten und „Gewaltlosen“ ist vorhanden und ein angriffslustiger Faschismus wird ihn immerhin zu sehen bekommen. Je mehr, desto besser!

L. Krafft - Wien.

ANARCHISTISCHE VEREINIGUNG BERLIN

Zusammenkunft

regelmäßig Donnerstags im Lokal
Köhler, Neukölln, Zieithenstr. 64



Am **7. November**

spricht Gen. **Berthold Cahn** über
„**Materie und Geist**“ und als
Fortsetzung

am **14. November**

über „**Soziologie d. Denkens**“.

Das Erscheinen aller Kameraden wird erwartet!

ALBERT DAENENS

Revolutionäre Linoleumschnitte

Mappe mit zwanzig Blättern Mk. 3,50
zu beziehen durch die Geschäftsstelle des FANAL.

ALBERT DAENENS, flamischer Anarchist, ist ein hervorragender Künstler. Seine Zeichnungen, die er als „Pamphlet-Linos“ bezeichnet, sind schneidende Anklagen gegen Kapitalismus, Militarismus, bürgerliche Heuchelei, Faschismus, Pfaffentum und Unkultur. Die Mappe, die in Brüssel erschienen ist und der begleitende Erklärungen in französischer, holländischer, deutscher und englischer Sprache beigegeben sind, ist ein hochwertiges revolutionäres Kunstwerk. Der Verkaufspreis (20 Franken=3,50 Mk) kann als außerordentlich billig bezeichnet werden. E. M.

Dreimal beschlagnahmt

wurde das Buch des Freiheitsdichters

Bruno Vogel: Es lebe der Krieg!

Das Buch erlebte, wenn auch
zensiert, viele Auflagen • Jetzt
tritt der Dichter mit einem neuen
Werk an die Öffentlichkeit •

Alf, Eine Skizze

(Die Geschichte einer Jugend)

Der erste Roman von Bruno Vogel ♦
Bedeutende Autoren, denen das
Werk im Manuskript vorlag, äußern
sich begeistert über diesen Roman ♦
Darum wird dieses Werk eine
SENSATION
auf dem Büchermarkt
werden ♦ Krieg, Erziehung, Eltern-
haus, Geschlechtsnot werden in offe-
ner, künstlerisch vollendeter Form
in diesem Buch gestaltet

350 Seiten stark, in Ganzleinen ge-
bunden Künstlerischer Einband-
entwurf des Graphikers Will Faber

Preis 6.- RM

Das Buch ist erhältlich in jeder guten Buchhandlung,
durch den FANAL-VERLAG oder direkt vom

„ASY-Verlag“, Berlin O 34

Warschauer Straße 62

Postscheckkonto: WIII Jadau 741 52